© Jan Sramek Verlag (<http://www.jan-sramek-verlag.at>). [Übersetzung wurde bereits in Newsletter Menschenrechte 2017/5 veröffentlicht] Die erneute Veröffentlichung wurde allein für die Aufnahme in die HUDOC-Datenbank des EGMR gestattet. Diese Übersetzung bindet den EGMR nicht.

© Jan Sramek Verlag (<http://www.jan-sramek-verlag.at>). [Translation already published in Newsletter Menschenrechte 2017/5] Permission to republish this translation has been granted for the sole purpose of its inclusion in the Court's database HUDOC. This translation does not bind the Court.

© Jan Sramek Verlag (<http://www.jan-sramek-verlag.at>). [Traduction déjà publiée dans Newsletter Menschenrechte 2017/5] L'autorisation de republier cette traduction a été accordée dans le seul but de son inclusion dans la base de données HUDOC de la Cour. La présente traduction ne lie pas la Cour.

Sachverhalt

Bei den Bf. handelt es sich um das Verlagshaus Axel Springer SE und die Rundfunkgesellschaft RTL Television GmbH.

S. wurde am 14.6.2010 wegen des Verdachts, seine Eltern ermordet und zerstückelt zu haben, festgenommen. Mehrere deutsche Zeitungen berichteten über die Tat, manche veröffentlichten dabei auch Fotos von ihm, die ihn zeigten, als er noch deutlich jünger gewesen war. Im Oktober 2010 wurde ein psychiatrisches Gutachten angefordert, welches zu dem Schluss kam, dass S. zum Zeitpunkt der Tat an einer schizoiden Persönlichkeitsstörung gelitten hatte.

Am 11.1.2011 begann der Prozess gegen S. am Potsdamer Landgericht. Daran nahmen Fotografen der Bf. Unternehmen teil, um Fotos und Videoaufnahmen von dem Angeklagten zu machen. Der vorsitzende Richter wies die Journalisten noch vor Beginn der Hauptverhandlung mündlich darauf hin, dass das Gesicht des Angeklagten zum Schutz von dessen Privatsphäre »auf die übliche Art und Weise« unkenntlich zu machen sei, bevor Fotos von ihm veröffentlicht wurden. Laut den Bf. Unternehmen hätte der Vorsitzende noch hinzugefügt, dass sich keiner, der gegen diese Anordnung verstieß, mehr am Landgericht Potsdam zeigen und um Erlaubnis für die Aufnahme von Bildern von zukünftigen Verhandlungen bitten müsse. Die Regierung bestreitet, dass vom vorsitzenden Richter eine solche Äußerung getätigt wurde.

Am 12.1.2011 bat die Bf. RTL Television GmbH mittels eines Briefes den Präsidenten des Landgerichts, die mündliche Anordnung des Vorsitzenden abzuän-

dern, da sich herausgestellt hätte, dass einige deutsche Zeitungen bereits über diesen Fall berichtet und dabei erkennbare Fotos von S. veröffentlicht hätten. Der vorsitzende Richter formulierte daraufhin eine schriftliche Begründung für seine Anordnung und verschickte diese am 18.1.2011 an einige Journalisten.

Am 31.1.2011 erhoben die Bf. Unternehmen dagegen eine Gegenvorstellung und beantragten die Aussetzung der richterlichen Anordnung. Am 4.2.2011 erhielt der vorsitzende Richter die Anordnung jedoch aufrecht.

Nachdem es weitere Verhandlungen abgehalten hatte, verurteilte das Landgericht den Angeklagten am 10.2.2011 wegen zweifachen Mordes zu einer Haftstrafe. Die Bf. reichten unterdessen eine Verfassungsbeschwerde beim BVerfG ein, die allerdings von diesem am 1.2.2012 nicht zur Behandlung angenommen wurde (1 BvR 381/11).

Rechtsausführungen

Die Bf. beklagten, dass die richterliche Anordnung auf Unterlassung der Veröffentlichung von Bildern, die S. identifizieren könnten, Art. 10 EMRK (*Meinungsäußerungsfreiheit*) verletzt hätte.

I. Zulässigkeit

(26) Der GH stellt fest, dass die Bf. ihre Beschwerde der Sache nach vor den innerstaatlichen Gerichten erhoben haben und sie nicht offensichtlich unbegründet [...] ist.

Da sie auch aus keinem anderen Grund unzulässig ist, muss sie für **zulässig** erklärt werden (einstimmig).

II. In der Sache

(33) In Übereinstimmung mit den Parteien stellt der GH fest, dass die richterliche Anordnung im vorliegenden Fall einen Eingriff in das Recht der Bf. auf Meinungsäußerungsfreiheit darstellte [...].

1. Gesetzlich vorgesehen

(35) Der GH wiederholt, dass die einschlägigen nationalen Gesetze mit hinreichender Präzision formuliert sein müssen, um es den betroffenen Personen zu ermöglichen – gegebenenfalls mit einem geeigneten Rechtsbeistand – die Konsequenzen, die eine bestimmte Maßnahme nach sich zieht, in einem Ausmaß vorherzusehen, welches den Umständen entsprechend zumutbar ist.

(36) Der GH stellt fest, dass es dem Wortlaut des § 176 Gerichtsverfassungsgesetz [GVG] zu einem gewissen Maß an Präzision fehlt. Dieser besagt: »Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung obliegt dem Vorsitzenden«, wodurch den Vorsitz führenden Richtern ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt wird. Der GH anerkennt, dass es angesichts der vielseitigen Situationen, denen vorsitzende Richter in Verfahren ausgesetzt sind, unmöglich ist, präzise Anforderungen für zu ergreifende Maßnahmen zu schaffen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Verhandlungen für jeden einzelnen Fall zu gewährleisten. Darüber hinaus war die oben genannte Bestimmung im Zusammenhang mit Einschränkungen der Berichterstattung unter Verwendung von Fotos, die im Strafverfahren gemacht wurden, Gegenstand einer Interpretation durch das BVerfG, welches für vorsitzende Richter Kriterien zur Interessenabwägung erarbeitete. Die Funktion der den innerstaatlichen Gerichten übertragenen Entscheidungsgewalt liegt genau darin, Bedenken hinsichtlich der Interpretation aufzulösen, die bestehen bleiben können.

(37) Demzufolge ist der GH überzeugt, dass der Eingriff »gesetzlich vorgesehen« war.

2. Legitimes Ziel

(38) Es steht außer Streit, dass die richterliche Anordnung dazu diene, die Persönlichkeitsrechte von S. im Rahmen des Prozesses zu schützen, im Zuge dessen er solange als unschuldig anzusehen war, bis ihm seine Schuld gesetzlich nachgewiesen wurde. Der GH stellt fest, dass die gerichtliche Anordnung folglich das legitime Ziel »des Schutzes der Rechte anderer« verfolgte.

3. Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft

(41) Der GH betont [...], dass die Vertragsstaaten einen gewissen Ermessensspielraum bei der Beurteilung der Notwendigkeit und des Umfangs jeglicher Beeinträchtigung der Meinungsäußerungsfreiheit gemäß Art. 10 EMRK haben, im Besonderen wenn ein Ausgleich zwischen in Widerspruch stehenden privaten Interessen gefunden werden muss. Dort, wo die nationalen Behörden die bedrohten Interessen in Übereinstimmung mit den Kriterien, die in der Rechtsprechung des GH festgesetzt sind, gegeneinander abgewogen haben, sind gewichtige Gründe erforderlich, um seine eigene Ansicht an die Stelle jener der innerstaatlichen Gerichte zu setzen.

(42) Wo das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit gegen das Recht auf Achtung des Privatlebens abgewogen wird, müssen die Kriterien der einschlägigen Rechtsprechung des GH berücksichtigt werden. Der GH erachtet die festgesetzten Kriterien nicht als erschöpfend und [sie] sollten im Hinblick auf die besonderen Umstände des jeweiligen Falles umgesetzt und entsprechend angepasst werden. Dies gilt vor allem in Fällen, in denen die Unschuldsvermutung gemäß Art. 6 Abs. 2 EMRK ins Spiel kommt. Der GH hat im Zusammenhang mit der Abwägung von konkurrierenden Interessen – sofern im vorliegenden Fall von Relevanz – die folgenden Kriterien bestimmt: Der Beitrag zu einer Debatte von öffentlichem Interesse; der Bekanntheitsgrad der betroffenen Personen; der Einfluss auf das Strafverfahren; die Umstände, unter denen die Ablichtungen gemacht wurden; der Inhalt, die Form und die Folgen der Veröffentlichung; sowie die Schwere der verhängten Sanktion.

a. Beitrag zu einer Debatte von öffentlichem Interesse

(43) Der GH betonte den Beitrag, den Fotos in der Presse zu einer Diskussion von allgemeinem Interesse leisten. Abhängig vom Bekanntheitsgrad der betroffenen Person und der Natur des Verbrechens könnte die Öffentlichkeit ein Interesse daran haben, dass das äußere Erscheinungsbild [dieser Person] preisgegeben wird. Der GH anerkennt, dass gute Gründe für ein Verbot der Veröffentlichung eines Bildes des Beschuldigten vorliegen können, abhängig von der Art der betreffenden strafbaren Handlung und den besonderen Umständen des Falles.

(44) Das vorliegende Verbrechen war grausam, wurde aber innerhalb einer Familie infolge einer privaten Auseinandersetzung und im häuslichen Umfeld begangen. Es gab keine Anhaltspunkte dafür, dass [das Verbrechen] besondere Bekanntheit erlangt hatte. Ganz am Anfang des Verfahrens, als das gerichtliche Verbot angeordnet wurde, war das mediale Interesse an dem Fall eher

gering. Der GH stimmt der Beurteilung des innerstaatlichen Gerichtes zu, dass in diesem Fall ein beschränktes Maß an öffentlichem Interesse bestand.

(45) Die zur Debatte stehende richterliche Anordnung beschränkte nicht den Inhalt der Berichterstattung, sondern bezog sich auf die Veröffentlichung von Ablichtungen, auf denen S. identifiziert werden könnte. Folglich stellt sich die Frage, ob die Veröffentlichung solcher Bilder geeignet war, zur öffentlichen Diskussion über diesen Fall beizutragen.

(46) Der GH befindet nicht, dass die Kenntnis über das äußere Erscheinungsbild von S. einen wesentlichen Beitrag zur Debatte über den Fall geleistet hätte, vor allen Dingen da es ihm an Bekanntheit fehlte. Darüber hinaus gibt es keinen Hinweis darauf, dass die äußere Erscheinung von S. zur Beurteilung von Fragen wie etwa der Rolle der Eltern von S. in diesem familiären Konflikt beigetragen hätte.

b. Bekanntheitsgrad der betroffenen Personen

(47) Der GH weist darauf hin, dass S. ohne Zweifel keine Person des öffentlichen Lebens war, sondern eine gewöhnliche Person, die Subjekt eines strafrechtlichen Verfahrens war. Die Öffentlichkeit wurde auf S. das erste Mal als Konsequenz seiner Straftat aufmerksam, die er begangen hatte. Die Tatsache, dass er das Subjekt eines Strafverfahrens war – wenngleich wegen einer sehr schwerwiegenden Straftat – kann ihm den Schutz nach Art. 8 EMRK nicht vollständig entziehen.

(48) Der Umstand, dass jemandes Bild bereits in einer früheren Publikation erschienen ist, könnte im Wege der Abwägung berücksichtigt werden und zu der Schlussfolgerung führen, dass es keinen Anlass dafür gab, die Preisgabe einer Identität zu beschränken.

(49) Der GH merkt an, dass der vorsitzende Richter zuvor veröffentlichte Bilder von S. nicht berücksichtigt hatte. In Anbetracht der besonderen Umstände, unter denen der Richter die Anordnung erteilte, nämlich des Zeitpunkts (ganz am Beginn der Gerichtsverhandlung), und der notwendigen Schnelligkeit des Entscheidungsfindungsprozesses, konnte von ihm nicht erwartet werden, dass er von allen vorherigen Publikationen bis zu dieser Zeit wusste und diese bei der Abwägung der gegenseitigen Interessen in Betracht zog.

(50) Der GH stellt fest, dass das äußere Erscheinungsbild von S. der Öffentlichkeit als Konsequenz der vorherigen Publikationen bekannt war. Allerdings wurden die meisten Bilder von S., die vor dem Strafprozess veröffentlicht wurden, erkennbar mehrere Jahre zuvor aufgenommen und zeigten ihn, als er noch merklich jünger war. In dieser Hinsicht muss auch berücksichtigt werden, dass die deutschen Medien bis dahin nur gelegentlich über diesen Fall berichtet hatten, wobei sich die Reichweite im Wesentlichen auf die lokalen Medien

beschränkte [...]. Aus diesem Grund wäre es der Öffentlichkeit zum Zeitpunkt der Verhandlung mithilfe dieser Bilder nicht möglich gewesen, S. zu identifizieren, und daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass seine Identität der Öffentlichkeit bereits bekannt gewesen ist.

c. Einfluss auf das Strafverfahren

(51) Der GH weist darauf hin, dass S. zweimal ein Geständnis abgelegt hatte und den bf. Unternehmen zufolge deshalb nicht mehr von der Unschuldsvermutung profitiert hätte. Ein Geständnis an sich beseitigt jedoch nicht den Schutz der Unschuldsvermutung. Gemäß Art. 6 Abs. 2 EMRK wird bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld vermutet, dass der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist. Der GH anerkennt, dass ein Geständnis unter bestimmten Umständen einen Einfluss auf die Abwägung der gegenseitigen Interessen haben könnte, wie bereits das BVerfG (1 BvR 3048/11) feststellte. Allerdings ist der GH im vorliegenden Fall überzeugt, dass der vorsitzende Richter die Tatsache berücksichtigte, dass die Angaben von S. und ihre Glaubwürdigkeit nach dem innerstaatlichen Recht erst am Ende der Hauptverhandlung beurteilt werden würden, und nicht bevor diese begonnen hatte. Dies trifft umso mehr zu, da S. laut eines psychiatrischen Gutachtens [...] an einer schizoiden Persönlichkeitsstörung litt. Das Strafgericht musste das Geständnis sorgfältig überprüfen, um auch sich selbst zu überzeugen, dass es korrekt und glaubwürdig war.

d. Umstände, unter denen die Ablichtungen gemacht wurden

(52) Der GH berücksichtigt die Tatsache, dass Ablichtungen eines Beschuldigten, die in einem Gerichtssaal gemacht wurden, die Person in einem Zustand größten Leids und möglicherweise in einer Lage verminderter Selbstkontrolle zeigen können. Die Bilder von S. am Beginn der Verhandlung zeigten ihn im Gerichtssaal in Handschellen neben Polizeibeamten oder seinem Verteidiger. Unter diesen Umständen hatte S. keine Mittel, um seine Privatsphäre zu schützen und Journalisten daran zu hindern, Ablichtungen von ihm zu erlangen, auf denen er identifiziert werden könnte. Er setzte sich nicht freiwillig der Öffentlichkeit aus, sondern war gezwungen, an der Verhandlung teilzunehmen. Der GH stellt fest, dass unter den gegebenen Umständen eine starke Notwendigkeit bestand, die Privatsphäre von S. zu schützen.

(53) Der GH merkt an, dass S. darüber hinaus weder nach Kontakt zu den Medien gesucht, noch irgendwelche öffentlichen Kommentare abgegeben hatte. Ganz im Gegenteil: Er ersuchte ausdrücklich darum, ihn vor einer

Berichterstattung, die ihn identifizierte, zu beschützen. S. willigte in die Aufnahme von Fotos nicht ein.

e. Inhalt, Form und Folgen der Veröffentlichung

(54) Die Anordnung des Gerichts bezieht sich auf die Veröffentlichung von Bildern, die während der Verhandlung gemacht wurden, mittels derer S. identifiziert werden könnte. Wie von der Regierung aufgezeigt wurde, hätten veröffentlichte Bilder, die S. im Gerichtssaal zeigten [und] auf denen er identifiziert werden konnte, den psychischen Druck auf ihn erhöht. Der GH weist darauf hin, dass die nachteiligen Auswirkungen besonders berücksichtigt werden sollten, welche die Preisgabe von Informationen, die die Identifizierung von verdächtigen, beschuldigten oder verurteilten Personen oder anderen Parteien eines Strafverfahrens ermöglicht, auf diese Personen haben kann.¹ Gleichmaßen muss man in Betracht ziehen, dass eine Veröffentlichung von Bildern, mittels derer der Angeklagte identifiziert werden könnte, negative Folgen auf eine spätere soziale Rehabilitation haben kann, wenn er verurteilt wird [...]. Im vorliegenden Fall war es auch im Interesse der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Prozesses, den psychischen Druck auf S. nicht zu erhöhen, insbesondere angesichts seiner Persönlichkeitsstörung.

f. Umfang der Anordnung und Schwere der Sanktion

(55) Der inhaltliche Anwendungsbereich der richterlichen Anordnung war beschränkt auf ein Verbot der Veröffentlichung von Ablichtungen, auf denen S. identifiziert werden konnte. Was den zeitlichen Umfang der richterlichen Anordnung betraf, gaben die Bf. Unternehmen an, dass der vorsitzende Richter am 11.1.2011 noch festlegte, dass jeder, der es versäumen würde seine Anordnung zu erfüllen, nicht weiter das Recht haben würde, vor Beginn der Verhandlungen Ablichtungen zu machen. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Androhung sich nicht nur auf die betroffenen Verfahren bezog, sondern als ein generelles Verbot für die Zukunft betrachtet werden musste. Der GH ist nicht überzeugt von dem Argument der Bf., dass die richterliche Anordnung einen Einfluss über das erstinstanzliche Verfahren hinaus haben konnte. Die Begründungen in der Anordnung beziehen sich explizit auf »Anordnungen hinsichtlich der Bildberichterstattung über die Hauptverhandlung«. In ihrer Gegenvorstellung vom 31.1.2011 erhoben die Bf. selbst »für die Dauer des Prozesses gegen (...) S.« Einspruch gegen das Verbot einer identifizierenden Bildberichterstattung. Im Hinblick auf die schriftliche Fassung der richterlichen Anord-

nung vom 17.1.2011 und angesichts dessen, dass die Kompetenz des vorsitzenden Richters nach § 176 GVG auf das betreffende Verfahren beschränkt war, gibt es keinen Rückhalt für die Behauptung der Bf., dass der Umfang der Anordnung über das Verfahren gegen S. hinausgegangen ist.

(56) Der GH stellt fest, dass die gerichtliche Anordnung keine besonders strenge Einschränkung der Berichterstattung war. Die Aufnahme von Bildern an sich war nicht beschränkt. Die Anordnung verbot lediglich die Veröffentlichung von Ablichtungen, mittels derer S. identifiziert werden könnte. Jegliche andere Art der Berichterstattung über die Verhandlungen wurde nicht beeinträchtigt. Demzufolge wählte der vorsitzende Richter aus mehreren möglichen Maßnahmen die am wenigsten restriktive aus, um einen ordnungsgemäßen Prozess zu gewährleisten und die Privatsphäre von S. zu schützen.

(57) Was die Konsequenzen einer Missachtung des Gerichtsbeschlusses angeht, war die potentielle Sperre von einer weiteren Berichterstattung über den Fall gleichermaßen beschränkt auf das Verfahren gegen S. Der GH befindet nicht, dass die Anordnung in Widerspruch zu ihren Rechten nach Art. 10 EMRK eine abschreckende Wirkung auf die Bf. hatte.

g. Schlussfolgerung

(58) Der GH würdigt die sorgfältige Abwägung, die vom vorsitzenden Richter unter Beachtung der verschiedenen Faktoren, die gemäß der Konvention von Relevanz sind, vorgenommen wurde. Unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien und Erwägungen, insbesondere der Tatsache, dass der Fall die Veröffentlichung von Ablichtungen betraf, die in einer strafgerichtlichen Verhandlung gemacht wurden, stellt der GH fest, dass der vorsitzende Richter sich ausdrücklich mit dem Konflikt zwischen den gegensätzlichen Interessen befasst und die innerstaatliche Rechtsvorschrift in Verbindung mit einem sorgfältigen Abwägen der maßgeblichen Aspekte des Falles angewendet hat. Im Hinblick auf den Ermessensspielraum, der den nationalen Behörden im Zusammenhang mit Beschränkungen der Berichterstattung in Strafverfahren zur Verfügung steht, ist der GH überzeugt, dass der vorsitzende Richter die betroffenen Interessen in Übereinstimmung mit den Standards der Konvention abgewogen hatte. Die Anordnung war verhältnismäßig zu dem verfolgten legitimen Ziel, da der vorsitzende Richter aus mehreren möglichen Maßnahmen die am wenigsten restriktive wählte. Folglich kommt der GH zu dem Schluss, dass sich der Eingriff in das Recht des Bf. auf Meinungsäußerungsfreiheit als »in einer demokratischen Gesellschaft notwendig« darstellte.

(59) Folglich ist **keine Verletzung von Art. 10 EMRK** festzustellen (einstimmig).

¹ Siehe Grundsatz 8 des Anhangs der Empfehlung Rec(2003)13 des Ministerkomitees des Europarates.